

DEZENTRALE VERMÖGENSBILDUNGSFONDS

*Organisation, Funktionsbedingungen, Probleme
und Lösungsansätze*

von

Dr. BARBARA TOILLIÉ

W:O



DUNCKER & HUMBLOT, BERLIN

H 52 17

**TECHNISCHE HOCHSCHULE
DARMSTADT
INSTITUT FOR WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
<i>Erster Teil</i>	
Vermögenspolitische Grundlagen	14
1.1 <i>Zur Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland</i>	14
1.1.1 Bestimmungsründe für die Verteilung des Produktivvermögens	14
1.1.2 Die Verteilung des Produktivvermögens in Zahlen	17
1.1.2.1 Die Verbreitung des Wertpapierbesitzes	19
1.1.2.2 Die wertmäßige Verteilung des Wertpapierbesitzes	25
1.2 <i>Die vermögenspolitische Zielsetzung</i>	34
1.2.1 Ausgangspunkt der vermögenspolitischen Zielbestimmung	34
1.2.2 Zielinhalt	37
1.2.3 Wirtschaftspolitische Nebenbedingungen	42
1.2.4 Kontrolle der Zielerreichung	46
1.3 <i>Verfassungsrechtliche Beurteilung</i>	48
<i>Zweiter Teil</i>	
Organisation und Funktionsbedingungen eines Systems dezentraler Vermögensbildungsfonds	51
2.0 <i>Von ersten Plänen zu den „Grundlinien eines Vermögensbeteiligungsgesetzes“</i>	51
2.1 <i>Aufgaben und Arbeitsweise der Clearingstelle</i>	57
2.1.1 Die Sammlungsfunktion der Clearingstelle	57
2.1.1.1 Festlegung und Erhebung des Aufkommens	57
2.1.1.2 Das Bonus-Malus-Prinzip	61
2.1.2 Die Verteilungsfunktion der Clearingstelle	65

2.1.2.1	Die Zuteilung des Wertpapieraufkommens durch die Clearingstelle	65
2.1.2.2	Die Verteilung des Aufkommens durch Konkurrenz der Fonds	67
2.1.3	Weitere Funktionen der Clearingstelle	69
2.1.3.1	Die Informationsfunktion	69
2.1.3.2	Die Koordinationsfunktion	69
2.1.3.3	Die Kontrollfunktion	69
2.1.3.4	Die Clearingstelle als „Fondsbörse“	70
2.2	<i>Organisation und Funktionsbedingungen dezentraler, konkurrierender Vermögensbildungsfonds</i>	71
2.2.1	Gründung und Verwaltung der Kapitalanlagefonds	72
2.2.1.1	Allgemeine Probleme der Gründung und Verwaltung der Kapitalanlagefonds	72
2.2.1.2	Die Vertretung der Sparer in den Fonds	78
2.2.2	Die Anlagepolitik der Vermögensbildungsfonds	88
2.2.3	Der Wettbewerb zwischen den Fonds	92
2.2.3.1	Möglichkeiten des Wettbewerbs	92
2.2.3.2	Die wettbewerblichen Aktionsparameter der Fonds	96
2.2.3.3	Die Beziehungen zwischen den Vermögensbildungsfonds und allgemeinen Kapitalanlagegesellschaften	104
2.3	<i>Zur Einbeziehung von nicht börsenfähigen Gesellschaften: die Einführung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften als vermögenspolitische Institution</i>	106
2.3.1	Die Problematik der Einbeziehung nicht börsenfähiger Gesellschaften in das Abgabesystem	106
2.3.2	Wesen und Arbeitsweise bestehender Kapitalbeteiligungsgesellschaften (KBG)	109
2.3.3	Kapitalbeteiligungsgesellschaften mit vermögenspolitischen Aufgaben	114
2.3.3.1	Bedingungen für die Funktionsfähigkeit solcher Kapitalbeteiligungsgesellschaften	114
2.3.3.2	Der Zugang der Kapitalbeteiligungsgesellschaft zum Kapitalmarkt	122

2.3.3.3	Das Bewertungsproblem	125
2.3.4	Konsequenzen für die Ausgestaltung der Abgabepflicht	129

Dritter Teil

Die Einbettung der Vermögensbeteiligung in das marktwirtschaftliche System		134
3.0	<i>Vorbemerkung</i>	134
3.1	<i>Auswirkungen der Vermögensbeteiligung auf den Kapitalmarkt</i>	135
3.1.1	Fall 1: Die in die Vermögensbeteiligung einbezogenen Unternehmen geben ausschließlich Beteiligungswerte ab	136
3.1.2	Fall 2: Alle Unternehmen wählen die Abgabe in Form von Geld	144
3.1.3	Fall 3: Auswirkungen bei gemischtem Aufkommen	149
3.1.4	Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Nebenwirkungen	152
3.2	<i>Auslösung internationaler Kapitalbewegungen</i>	155
3.3	<i>Auswirkungen der Vermögensbeteiligung auf den Wettbewerb der Unternehmen</i>	157
3.3.1	Wettbewerbsverzerrungen über die Beeinflussung der Finanzierungsmöglichkeiten	157
3.3.1.1	Primäre Wirkungen auf die Finanzierungslage der Unternehmen — der Belastungseffekt	158
3.3.1.2	Sekundäre Wirkungen	162
3.3.1.3	Wettbewerbsverzerrungen und Gegenmaßnahmen	173
3.3.2	Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Überwälzungsmöglichkeiten	177
3.3.2.1	Zur Theorie der Überwälzbarkeit von Gewinnsteuern .	179
3.3.2.2	Möglichkeiten der Überwälzung bei der Vermögensabgabe	181
3.3.2.3	Die Vermeidung der Abgabe	187
3.3.2.4	Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen	189

3.4	<i>Probleme der Machtkonzentration bei den Fonds</i>	190
3.4.1	Die Kontrolle der Macht einzelner Fonds	191
3.4.2	Die Kontrolle der Vermögensbildungsfonds als Gruppe	192
3.5	<i>Rückwirkungen auf andere wirtschaftspolitische Ziele</i> .	199
3.5.1	Vermögensbeteiligung und Preisniveaustabilität	200
3.5.2	Vermögensbeteiligung und Vollbeschäftigung	204
3.5.3	Vermögensbeteiligung und Wachstum	205
3.5.4	Vermögensbeteiligung und Zahlungsbilanzgleichgewicht	206
3.5.5	Vermögensbeteiligung und sozialpolitische Ziele	208
	<i>Schlußbemerkung zu den Untersuchungsergebnissen</i>	212

Vierter Teil

	Forderungen an eine funktionsfähige Vermögensbeteiligung	217
4.0	<i>Vorbemerkung</i>	217
4.1	<i>Die Bereitung des Bodens für die Vermögensbeteiligung</i>	217
4.1.1	Die Verbreiterung des Kapitalmarktes	218
4.1.2	Die Verbesserung des Klimas für Unternehmensgewinne	221
4.1.3	Die Errichtung eines zweiseitigen Informationsflusses .	223
4.1.4	Die Stützung der (Klein-)Aktionärsrechte	225
4.2	<i>Anforderungen an eine funktionstfähige Vermögensbeteiligungskonzeption</i>	229
4.2.1	Die Forderung nach Attraktivität der Vermögensbeteiligung — ein Kostenproblem	230
4.2.2	Die Forderung nach einer Belastung der Unternehmen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit	231
4.2.3	Weitere Anforderungen an die Vermögensbeteiligung	234
4.2.3.1	Zur Einbeziehung von nicht börsenfähigen Gesellschaften in die Vermögensbeteiligung	234
4.2.3.2	Zur Frage der Entstehung und Kontrolle von Macht	236

4.3	<i>Perspektiven einer realisierbaren Vermögensbeteiligungskonzeption</i>	239
4.3.1	Betriebliche versus überbetriebliche Vermögensbeteiligung	239
4.3.2	Synthese von betrieblicher und überbetrieblicher Vermögensbeteiligung — eine Lösungsmöglichkeit?	243

Anhang

Grundlinien eines Vermögensbeteiligungsgesetzes Fassung vom 19. Januar 1974	247
Literaturverzeichnis	253
Namenverzeichnis	267
Stichwortverzeichnis	269